
Mittelstandsfreundliche Kommunalverwaltung

Kommunale Wirtschaftspolitik hat einen zumeist unterschätzten Stellenwert in der wirtschaftlichen Entwicklung eines Staates. Kleine und mittelgroße Unternehmen sind auch im kommunalen Umfeld aufgrund ihrer Größe strukturell benachteiligt. Andererseits tragen diese Unternehmen wesentlich positiv zur dringend notwendigen Entwicklungen der Kommunen bei. Der Landesfachausschuss Wirtschaft und Arbeit, Mittelstand und Energie hat daher einen Anforderungs- und Empfehlungskatalog für mittelstandsfreundliche Kommunen entwickelt. Der Landesparteitag bittet den Landesvorstand, die Kommunalpolitiker der FDP bei der Realisierung des Anforderungsprofils einer wie nachstehend beschriebene mittelstandsfreundliche Kommunalverwaltung nachdrücklich zu unterstützen.

Anforderungen an eine mittelstandsfreundliche Kommunalverwaltung

Der Landesfachausschuss hat mehrfach darauf hingewiesen, dass sich erfolgreiche Wirtschaftspolitik zu großen Teilen auf kommunaler Ebene abspielt. Der LFA begrüßt die bisherigen Initiativen der Landesregierung, sieht jedoch weiterhin erheblichen Handlungsbedarf. Dem LFA ist bewusst, dass die Landesregierung nur wenige Möglichkeiten hat, die Kommunen zu speziellen Handlungsweisen zu verpflichten. Der LFA bittet den Landesvorstand der NRW-FDP in verstärktem Maße sowohl über die Landesregierung als auch über die Untergliederungen der FDP durch geeignete Initiativen Überzeugungsarbeit zu leisten. Es wäre wünschenswert, wenn die Kommunen sowohl die bisherigen Empfehlungen als auch die unten angeführten Hinweise als Ansatz für eine Win-Win-Situation erkennen würden, nämlich die Steigerung der Übersichtlichkeit und Effizienz der eigenen Verwaltung als auch bei entsprechendem Marketing mit Herausstellung von Qualitäts- und Attraktivitätsmerkmalen die Erhöhung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit ihrer Region.

Der LFA empfiehlt dem Landesvorstand, einen öffentlich ausgeschriebenen Wettbewerb „Mittelstandsfreundliche Kommunalverwaltung“ durch die Landesregierung zu initiieren.

1. Transparenz der Verwaltungsvorgänge

Für Unternehmer, die üblicherweise keine Verwaltungsfachleute sind, stellt sich die öffentliche Verwaltung oftmals als wenig durchschaubare Struktur dar. Um die Arbeit der Unternehmen von unnötigem Ballast zu befreien, sollen in geeigneter Form Verwaltungswegweiser eingerichtet werden, die aus der Problemsicht der Unternehmer strukturiert sind. Dazu gehören z.B. der Ausweis der relevanten Kontaktpersonen, als auch die systematisch verfügbare Information über den Bearbeitungsstatus von Anfragen und Anträgen. Wir weisen hier z.B. auf die heute üblichen Möglichkeiten von Paketdiensten hin, den Aufenthalt einer Sendung jederzeit per Internet verfolgen zu können. Ein analoges Angebot der Kommunalverwaltungen wäre zweckdienlich.

2. Zentrale Anlaufstelle für Unternehmen und Existenzgründer (one-stop-shop)

Diese Anlaufstelle mit einem festen und dauerhaften Ansprechpartner soll eine Lotsenfunktion durch die kommunale Verwaltung wahrnehmen und die notwendigen Verwaltungsvorgänge initiieren. Die damit beauftragten Mitarbeiter der Verwaltung sollen sich auch durch Besprechungen bei den Unternehmern vor Ort in die Problemstellung der Unternehmen eindenken können. Der weitverbreitete Gang von „Pontius zu Pilatus“ soll damit verhindert werden. Die übliche Struktur privat geführter Einrichtungen mit einem Berater, der für seinen Kunden verantwortlich ist, ist durchaus auf die kommunale Verwaltung übertragbar. Unternehmen müssen als Kunden betrachtet und behandelt werden. Als Beispiel sei zur Verständlichkeit die bei Banken üblich Unterteilung in Front-Office und Back-Office genannt.

3. Qualifizierte unternehmensrelevante Informationen

Jeder Kommune stehen vielfältige Informationen zur Verfügung, die eine wirtschaftliche Bedeutung für die ortsansässigen oder ansiedlungswilligen Unternehmen haben. Diese Informationen sind häufig auf unterschiedliche Stellen verteilt. Ein Portal für diese Informationen aufzubauen, wie es in einigen Kommunen bereits existiert, erhöht sowohl die Standorttreue der ortsansässigen Unternehmen als auch notwendige Neuansiedlungen.

4. Verkürzung von Bearbeitungszeit von Anträgen

Sicherlich haben sich während der letzten Jahre viele Kommunen redlich bemüht - manche mit Erfolg - Bearbeitungszeiten von Anträgen zu verkürzen. Die Formulierung von Zielzeiten und ein darauf aufbauendes systematisches Controlling ist unabdingbar für einen dauerhaften Erfolg. Ebenso ist es notwendig, den Bearbeitungsablauf in die Verantwortung eines zuständigen Mitarbeiters zu geben.

5. Pünktliche Bezahlung von Rechnungen

Die nicht wenig verbreitete Bezahlung von Rechnungen nach Kassenlage stellt eine große, nicht hinnehmbare Belastung von Unternehmen dar. Sicherlich werden die meisten Kommunen eine solche Vorgehensweise weit von sich weisen. Um hier ein größeres Vertrauenspotenzial aufzubauen, bietet sich der Aufbau eines „Zahlungsmoral-Rankings“ an, ebenso wie die Einrichtung von Schiedsstellen.

6. Erhöhung der Reaktionsgeschwindigkeit auf Anfragen und qualifiziertes, unternehmensfreundliches Beschwerdemanagement

Anfragen und Beschwerden von Unternehmern müssen zeitnah mit Bezug auf die Problemstellung des Unternehmers konstruktiv und kompetent bearbeitet werden. Die Kommunen sind aufgefordert, auch hier akzeptable Zielvorgaben zu formulieren und ein systematisches Controlling mit Aktennachweis aufzubauen. Eventuelle Abweichungen von den Zielvorgaben müssen begründet werden.

7. Qualifikation des Personals

Das Personal der Kommunalverwaltung hat eine Schlüsselfunktion in der Kommunikation zwischen Unternehmen und Kommune. Von daher ist offensichtlich, dass der Erfolg der oben beschriebenen und weiterer notwendigen Maßnahmen mit der Qualität des eingesetzten Personals steht und fällt. Die notwendige Kenntnis der Verwaltungsstrukturen kann die jeweilige Kommune aus ihrer eigenen Kompetenz vermitteln. Das Verständnis für die Belange der Unternehmen kann nur im engen Kontakt mit den Unternehmen selbst und in Zusammenarbeit mit den ortsansässigen Unternehmensverbänden entstehen.

8. Best Practice

Kein Konzept, keine Organisation, keine formulierte Zielvorstellung kann den Anspruch auf ausreichende Problemlösung stellen. Die Kommunen sind daher aus ihrem eigenen vitalen Interesse gut beraten, sich mit anderen Kommunen über ihre Erfahrungen auszutauschen und effiziente Methoden und Ziele zu entwickeln. Erfahrungsgemäß ist ein solcher Austausch nur in einer organisierten Form erfolgreich.